



Deutschland.

Breslau, 9. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Hof-Kammer-Rath v. Wallenberg hier selbst den Charakter als Geh. Hof-Kammer-Rath und den Rang eines Rathes dritter Klasse beigelegt, sowie dem Hof-Kammer-Rath Grafen zu Dohna hier selbst den Charakter als Geh. Hof-Kammer-Rath verliehen.

[Das Gesetz.] betreffend die Gleichberechtigung der Confessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, lautet: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u., verordnen im Namen des Norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

Einzigster Artikel. Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit der religiösen Bekenntnisse hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Theilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Verrichtung öffentlicher Aemter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Bundes-Inselgel.

Gegeben Schloß Vabersberg, den 3. Juli 1869.

(L. S.) Wilhelm.

Graf v. Bismarck-Schönhausen.

Der Kreisrichter Lippmann in Labes ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Jüterbog und zugleich zum Notar im Departement des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Jüterbog ernannt worden. Die Kreisrichter Geldner in Pylowitz und Adamschek in Tarnowitz sind zu Rechtsanwaltschaften bei dem Kreisgericht in Buttenberg, und zugleich zu Notaren im Departement des Appellationsgerichts in Ratibor und zwar der erstere mit Anweisung seines Wohnsitzes in Buttenberg, der letztere mit Anweisung seines Wohnsitzes in Pylowitz ernannt worden. Dem Wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Rath und Ministerial-Director Schubmann ist der Vorsitz in der Grundsteuer-Entscheidungs-Commission in Vertretung des Finanzministers übertragen worden. (St.-Anz.)

— Berlin, 9. Juli. [Aus dem Ministerium.] Das Deficit.

Die Militär-Anwärter. Der Finanzminister v. D. Seyditz kehrt um die Mitte des Augusts hierher zurück und es sollen dann erst die Verhandlungen über den hauptsächlichsten Theil der Landtagsvorlagen, d. h. über deren finanzielle Seite erfolgen. Erst mit jenem Zeitpunkt wird man an die Aufstellung des Staatshaushalts-Staats pro 1870 herantreten, während allerdings die Vorarbeiten dazu, die Aufstellung der einzelnen Gruppen angeordnet sind. Inzwischen stellt sich schon jetzt zur Evidenz heraus, daß die Aufgabe, eine wirkliche Motivierung der verunglückten Steuerentwürfe herbeizuführen, die gar zu pessimistischen Reaktionen in Bezug auf die Anschauung unserer Finanzlage hervorgerufen hat. Schon wird schättern von officieller Seite zugestanden, daß die Staats-Einnahmen des Monats Mai überraschend günstig zu denen des April und März contrastiren und Juni und Juli — abgesehen von den sehr günstigen Ernteausichten — noch glänzendere Resultate versprechen. Zuletzt werden wohl diejenigen Rechte behalten, welche dem Reichsrecht über das Deficit unglücklich entgegenstehen und denen bekanntlich wenn auch nur mit der gelegentlichen Neuerung: „Gar so ungünstig ständen auch die preussischen Finanzen nicht, wie es hier und da gemacht wird.“ schon Graf Bismarck kurz vor dem Schluß der Reichstagsession zur Seite trat. Wie zur Zeit an dieser Stelle mitgeteilt worden, hat im Bundesrath die Verhandlung über die Civilversorgung der Militär-Anwärter zu umfassenden Erörterungen und nur in beschränktem Umfang zu den von der Präsidialregierung proponirten Normen geführt. Es wird selbst von anderer Seite unter Verweisung auf die Protokolle der betreffenden Verhandlungen diese Nachricht bestätigt und namentlich auf den Widerspruch von Hessen, Mecklenburg und den Hansestädten verwiesen. Es bleibt indessen hinzuzufügen, daß man sich andererseits der Einsicht nicht verschloß, daß jener Widerspruch in den hergebrachten Verhältnissen der gedachten Staaten wurzelt.

Herr v. Saucken-Julienfeld. Zu den Civilpersonen, welche der Kronprinz während seiner Anwesenheit in Königsberg mit seiner besondern Aufmerksamkeit beehrte, gehört vor Allen der Herr v. Saucken-Julienfeld. Nach dem Diner auf dem Moskowerfaale lud ihn der Kronprinz, wie die „Part. Ztg.“ berichtet, zu einem Privatgespräch in sein Cabinet, wo er über eine Stunde verweilte. Auch nach der Rückkehr von Friedrichsheim war Herr v. Saucken wieder auf dem Schloß beschieden und unterhielt sich Se. königl. Hoheit bis zu dem Augenblicke mit ihm, in welchem er zum Diner nach der Königschloß fuhr.

[Graf Eberhard zu Stolberg.] Die „B. A. G.“ macht darauf aufmerksam, daß Graf Eberhard zu Stolberg-Bernigerode das dritte Mitglied des Herrenhauses ist, welches in jüngster Zeit zum Oberpräsidenten einer Provinz ernannt worden ist, und daß diese Ernennung aufs Neue die Solidarität des jetzigen Ministeriums und insbesondere auch des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck mit der Majorität des Herrenhauses bekräftigt.

[Der Entwurf des Unterrichtsgesetzes.] für den preussischen Staat ist jetzt im Cultusministerium soweit vorbereitet, daß derselbe nunmehr zur Detailberatung und schließlich Feststellung an das Staatsministerium gelangen kann. Der Entwurf wird ohne Zweifel dem Landtage gleich bei seinem nächsten Zusammentritt vorgelegt werden, doch ist es fraglich geworden, ob bei der Kürze der Zeit bis dahin eine vorherige Veröffentlichung des Entwurfs, wie solche ursprünglich beabsichtigt war, wird statthaben können. — Ebenso ist es aus denselben Grunde möglich, daß von der Berufung der Provinzial-Landtage, die bisher in feste Aussicht gestellt war, Abstand genommen wird, weil sonst wieder, wie im vorigen Jahre, ein gleichzeitiges Tagen des Allgemeinen Landtages und einzelner Provinzial-Landtage nicht zu vermeiden sein würde.

[Die Concilsfrage.] Der „Weserztg.“ wird von hier gemeldet: „Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, haben die vertraulichen Besprechungen zwischen den deutschen Regierungen über die Concilsfrage zu einer vorläufigen Verständigung über die weiteren Schritte geführt. Es ist anzunehmen, daß Baiern auch in Betreff einer gemeinsamen Rundgebung der deutschen Regierungen zunächst die Initiative ergreifen werde.“

[Das deutsche Schützenfest.] Gestern tagte in Frankfurt a. M. der Vorstand des deutschen Schützenbundes, um die Wahl der deutschen Stadt zu treffen, die zur Abhaltung des nächstjährigen deutschen Schützenfestes (1870) bestimmt und die es zu übernehmen sich bereit erklärt wird. Wie man hört, ist zunächst Leipzig als der geeignetste Ort in das Auge gefaßt, doch wird dieses, wie es heißt, ablehnen. Dann sollen zunächst auf der Wahl stehen: Stuttgart, München, oder eine

passende bairische Stadt: Karlsruhe, Mannheim oder Freiburg. Auch von Würzburg sprach man.

[Das Schriftführeramt des deutschen Juristentages.] veröffentlicht das Programm desselben, welches diesmal ein besonders reichhaltiges ist. Danach findet der achte deutsche Juristentag am 26., 27. und 28. August d. J. zu Heidelberg statt. (Begrüßungs-Abend auf dem Schloße am 25. August. Präsident des Localcomité's Geh. Rath Professor Dr. Bluntzsch, Vicepräsident Kreisgerichts-Director Dr. Puchelt. Schriftführer Amtsrichter Sappé. Vorstand der Wohnung- und Empfangs-Commission Rechtsanwalt Fürst, an welchen die Mitglieder, welche Wohnungen wünschen, sich wenden wollen.) Eine Anzahl von Eisenbahn-Verwaltungen haben den Mitgliedern des Juristentages, die sich durch Vorzeigung der Mitgliedskarte legitimiren, Fahrpreis-Ermäßigungen bewilligt. Das Studium dieser, von dem Schriftführeramt zusammengestellten Specialbestimmungen ist aber mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, und es ist sehr fraglich, ob die Theilnehmer des Juristentages von den ihnen gestatteten Vergünstigungen werden einen ersprießlichen Gebrauch machen können. — Von den zur Verhandlung kommenden Fragen verdienen folgende besonders hervorgehoben zu werden:

Gesetzgebungsfrage: Soll der Staat beziehungsweise die Gemeinde für Schäden und Nachtheile, welche die von ihnen angestellten Beamten durch vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung ihrer Dienstpflichten einem Dritten zufügen, überhaupt haften und bejahendenfalls in erster Reihe unbedingt oder nur subsidiär? Gutachten von: Professor Dr. Bluntzsch zu Heidelberg. Hof- und Gerichtsadvocat Dr. v. Rittinger zu Linz. Referent: Justizrath Primker aus Berlin. Antrag des Privatdocenten Dr. Hölse: Der Juristentag wolle seine Ueberzeugung aussprechen: „daß vom juristischen Standpunkte die Civilhaft die einzig berechnete Haftungsform, und das Connubium zwischen Christen und Nichtchristen unbedingt freigegeben ist.“ Gutachten von: Geh. Justizrath Waffersleben zu Gießen. Prof. Dr. Emil Friedberg zu Freiburg im Breisgau. Referent: Prof. Dr. Unger aus Wien. Gesetzgebungsfrage: „Ist unter den Vorurtheilen über die Ausbildung der Rechtspraktikanten eine obligatorische Beschäftigung bei den Verwaltungsbehörden aufzunehmen?“ Gutachten von: Professor Dr. Behagel zu Freiburg, Ober-Appellations-Gerichtsrath Jäufele zu München. Referent: Rechtsanwalt Meyer zu Berlin. Anträge des Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Heinrich Jacques zu Wien: Der deutsche Juristentag spricht als seine Ueberzeugung aus: 1. Zur Errichtung von Actien-Gesellschaften und Commandit-Gesellschaften auf Aktien soll es staatlicher Genehmigung nicht bedürfen. 2. Die Gesetzgebung über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften soll auf nachfolgenden Grundsätzen beruhen: 1) auf dem Grundsatz, daß es zur Errichtung einer Genossenschaft staatlicher Genehmigung nicht bedürfe, 2) auf dem Grundsatz obligatorischer Solidarität der Genossenschaftsmitglieder. Referent: Professor Dr. Goldschmidt aus Heidelberg. Gesetzgebungsfrage: „Ist es angemessen, die Einzelhaft in das Strafsystem aufzunehmen und unter welchen Modalitäten?“ Gutachten von: Geh. Reg.-Rath v. Altinge zu Wismar. Strafanwalts-Director von Valentini zu Wartenburg. Prof. Dr. Wahlberg zu Wien. Referent: Ober-Appellations-Gerichtsrath Jäufele aus München.

Gesetzgebungsfrage: „Ist die Wiederaufnahme des Strafverfahrens zu Gunsten des Verurtheilten schon in dem Falle als zulässig zu erachten, wenn nach der Verhandlung neue Thatsachen oder Beweismittel auftauchen, welche als geeignet erscheinen, in wesentlichen Punkten die Sachlage zu Gunsten des Verurtheilten zu ändern, oder soll diese Zulässigkeit von dem Vorhandensein bestimmter bezeichneter Verhältnisse, eventuell welcher, abhängig gemacht werden?“ Referent: Rechtsanwalt Gottlieb aus Altschaffenburg. Antrag des Privatdocenten Dr. Hölse: „Der deutsche Juristentag wolle seine Ueberzeugung dahin aussprechen, daß, unabhängig von der Frage, wie weit die Unabhängigkeit der Militärgerichtsbarkeit in Deutschland sich zu erweisen habe, jedenfalls die unausweichlich nöthige und bereits angebahnte Einigung des Militärstrafverfahrens in Deutschland nur auf Grund eines Gesetzes wird geschehen dürfen, welches bei Offenheit, Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Richters freie Würdigung des Beweisergebnisses und dem Angeklagten unbeschränkte Verteidigungsbezugnisse überläßt.“ Gutachten von: Landgerichtsrath Dr. v. Garaiowski zu Wien. Staatsauditor Hb zu München. Rechtsanwalt Wellen zu Spremberg. Staatsanwalt Dr. Mittelhaedt zu Altona. Referent: Appellations-Gerichtsrath von Stenglein aus München.

Gesetzgebungsfrage: „Fordert es die notwendige Freiheit der Presse und genügt es der Mündlichkeit auf die öffentliche Sicherheit (bergl. die Beschlüsse des ersten deutschen Juristentages), daß bei den mittelst der Presse verübten strafbaren Handlungen die allgemeinen Strafgesetze und Strafrechtsgrundsätze ausnahmslos zur Anwendung kommen? oder sollen in gewissen Hauptpunkten (event. in welchen?) Ausnahmen stattfinden, und welche Ausnahmen sind a) im Interesse der notwendigen Freiheit der Presse erforderlich und zugleich ohne Nachtheil für die öffentliche Sicherheit zulässig? b) im Interesse der öffentlichen Sicherheit geboten?“ Gutachten von: Prof. Dr. Glaser zu Wien, Prof. Dr. John zu Göttingen. Referent: Prof. Dr. Behagel aus Freiburg.

Eine Anzahl anderer Fragen beziehen sich auf das Proceßrecht, das Strafverfahren und die Verhältnisse der Advocatur.

[Geheimer Rath Henning.] Gestern Mittag ist hier der Geheime Ober-Finanzrath Henning nach schwerem Leiden gestorben. Wp., 8. Juli. [Feuer.] In letzter Nacht brannten hier 20 Häuser ab; Menschenleben sind nicht zu beklagen, auch sind nur wenige Fremdenwohnungen und Häuser am Sandwall zerstört, so daß die Vorfälle durchaus keiner Störung unterworfen sein wird.

Elberfeld, 8. Juli. [Dr. Rave.] — Verhaftung.] Gestern starb Dr. Bernhard Rave, der von 1844 bis 1862 die Redaction der „Elberf. Ztg.“ geleitet und in schwierigen Zeiten mit Energie und Eifer den Kampf gegen den Obscurantismus geführt hat. — Ein hier conditionirender Schriftfeger, der ehemalige Buchdruckereibesitzer von Bloß aus Norden (Ostfriesland), wurde gestern auf Requisition der Gerichtsbehörde zu Aurich wegen Majestätsbeleidigung verhaftet und geschlossen (!) ins Gefängnis abgeführt. Heute früh brachte ein Polizei-Wachtmeister den Verhafteten nach Aurich. (C. Z.)

Oesterreich.

Lemberg, 8. Juli. [Die Begräbnisfeier Königs Casimir des Großen.] wurde in der hiesigen Dominikaner- und Bernhardiner-Kirche und in dem israelitischen Tempel unter ungeheurer Jubrange gefeiert. Alle Gemölde waren während des Gottesdienstes geschlossen. Beträchtliche Summen wurden für den silbernen Sarg gesammelt. Gegen 2000 hiesige Personen, darunter Vertreter aller Corporationen sind zur Feier nach Krakau gereist. Auch aus anderen Städten Galiciens findet eine zahlreiche Theilnahme statt.

Großbritannien.

A. A. C. London, 7. Juli. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] wurde die Specialberatung der irischen Kirchenbill erledigt. Die Debatte begann mit Paragraph 68, welcher die Verfügung über den Ueberschuß aus dem zu capitalisirenden Vermögen der Kirche zu Gunsten wohltätiger Zwecke betrifft. Lord Cairns stellte sofort sein angelegentliches Amendement, welches die Inbetriebnahme dieser Frage vertagt und einem künftigen Parlamente zur Entscheidung auftrug. Der Minister Earl Granville widersprach solcher Ansicht auf das Entschiedenste, namentlich darauf hinweisend, daß ein solcher Aufschub einen lähmenden Einfluß auf die Abwicklung des geschäftlichen Theiles der ganzen Frage haben dürfte. — Während vor diesem Hause fast nur kurze Reden gehalten wurden, debattirte Lord Malmesbury in langathmiger Weise, daß man schließlich nicht

andere aus der Verlegenheit herauskommen werde, als durch gleichmäßige Dotirung der drei in Irland vorherrschenden Confessionen. Nur Lord Taunton that sich hervor, indem er es für gefährlich erklärte, die Entscheidung ad infinitum zu vertagen und gleichsam irischen Forderungen einen goldenen Preis lange vor der Nase zu halten. Der Herzog von Cleveland unterstützte das Vertagungs-Amendement Lord Cairns, in der Hoffnung, daß die öffentliche Meinung sich im Laufe der Zeit dafür entscheiden werde, Dotirung aller drei Confessionen für den besten Ausweg zu halten. Der Minister Herzog von Argyll empfahl die Verwendung des Ueberschusses im Sinne der Regierungsbill, was auf Seiten des Marquis von Salisbury spöttische Bemerkungen über die von der Regierung beabsichtigten wohltätigen Zwecke hervorrief, denen er nicht viel Effect zuschrieb. Lord Kimberley gab im Namen der Regierung nicht unendlich zu verstehen, daß Lord Cairns Amendement auf keine Annahme bei derselben rechnen könne. Earl Grey dagegen tadelte den Paragrafen der Bill, weil er der Regierung eine große Summe zur Disposition stelle, die von ihr nach Belieben zu allerhand „jobbery“ mißbraucht werden könne. Man sagte sich haben und drüben noch manche spitzige Worte. Bei der Abstimmung erlitt die Regierung eine Niederlage, indem Lord Cairns Aufschubs-Amendement mit einer Majorität von 70 Stimmen (160 gegen 90) angenommen wurde. Nachdem man die übrigen Paragraphen bis 72 angenommen, erfolgte die Discussion der vertragenen Paragraphen 19 bis 22, welche sich auf die der Kirche nach Inkraftsetzung der Bill zustehenden Befugnisse beziehen. Annahme erfolgte ohne erheblichen Widerspruch, und die Bill kommt demnächst zum Comiteerapport an das Haus für die dritte Lesung.

Amerika.

A. A. C. Newyork, 23. Juni. [Zur cubanischen Frage.] Die Beziehungen der Union zu Brasilien und Paraguan. Der Präsident Grant ist nach Washington zurückgekehrt, um sich dort wo möglich von seiner Erholungsreise, die ihm nur doppelte Strapazen brachte, zu erholen. Man erwartet, daß demnächst eine Cabinets-Vorathung stattfinden, in der eine klare Stellung zu den Ereignissen auf Cuba vereinbart wird. Der Präsident soll dafür sein, die Inurrection jetzt, da sie sich consolidirt hat, als kriegerische Macht anzuerkennen; der Staatssecretär Fish aber soll die Consequenzen eines solchen Schrittes fürchten, Herr Boutwell ist Allem abgeneigt, was nur den geringsten Vorwurf erzeugen könnte, und zu den entscheidenden Gegnern der Cubaner gehört der Generalanwalt Hoar, dessen Thätigkeit sich augenblicklich in der Verhaftung von Mitgliedern der hiesigen cubanischen Junta äußert. Daß eine gewisse Ungebuld Platz greift, läßt sich nicht verkennen. Man hört so wenig von der Administration; es scheint ihr der echt amerikanische Geist zu fehlen, sie scheint eine förmliche Scheu vor Allem zu haben, was den Eindruck des Kernigen, Kräftigen machen könnte. In wiefern diese Stimmung berechtigt ist, wollen wir dahingestellt sein lassen, aber allerdings scheint es uns, als könnte man sich nach so vielen Unruhen ein wenig Ruhe schon gefallen lassen. Man ist so sehr daran gewöhnt, wöchentlich wenigstens einen großen Scandal zu haben, daß man sich jetzt, da Alles so bühnig ruhig und harmonisch geht, fast langweilt. Nur noch ein wenig Geduld; Sorgen und Aergerniß werden sich schon irak genug wieder einstellen und wir find nicht geneigt, denen zu zürnen, welche dergleichen nicht zu den Lebensbedürfnissen einer großen und freien Nation zählen.

Vom Gesandten Mac Mahon, welcher sich wohlbehalten bei Lopez befindet, sind jetzt Depeschen unterwegs, vermittelt durch einen englischen Offizier, welcher von den Allirten zu ihm hindurchgelassen wurde. Er war schon in Gefahr, eine mythische Persönlichkeit zu werden. Die Allirten haben mit ihrer Panzerflotte einen Versuch gemacht, die Schiffe der Paraguiten zu zerstören, konnten aber dieselben nicht erreichen und mußten froh sein, der ihnen selbst bereiteten Falle zu entkommen. — Bei Eröffnung der argentinischen Kammer betonte der Präsident Sarmiento die innige Freundschaft, welche zwischen den Verbündeten herrsche, und die guten Absichten gegen das Volk von Paraguan, trösteten man ihm eine provisorische Regierung geben wolle. Es wird also an dem Programm festgehalten, keinen Frieden zu schließen, bevor der fürchterliche Lopez beseitigt ist. Krieg geführt wird nicht gegen ein Volk, sondern gegen eine Persönlichkeit. Diese aber hat sich als eine verwegene harte Kuh erwiesen. Der Kaiser von Brasilien eröffnete das Parlament, verbreitete sich über die errungenen Siege und fügte hinzu, er gebrauche Geld.

Ein Mann, der es an Handeln und Ständereien nie fehlen läßt und dem es stets gelingt, Confusion anzurichten, ist der amerikanische Gesandte in Brasilien, Herr Webb, wegen seiner kriegerischen Gelüste von seinen Landsleuten gewöhnlich „Chevalier“ genannt. Bekanntlich behauptet Herr Webb, daß eigentlich er, durch Geltendmachung seines persönlichen Einflusses auf seinen lieben Freund Louis Napoleon, die Franzosen aus Mexico vertrieben hat; seine neueste Leistung ist jedoch anderer Art, denn es ist ihm gelungen, sich selbst zu vertreiben. Das Ding ist amüsant und darum wollen wir es hier kurz skizziren. Große Sensation hätte die Nachricht von dem Abbruch der diplomatischen Verbindung mit Brasilien erregt, wenn nicht eben Herr Webb dabei theilhaftig gewesen wäre und dadurch die Affaire den Anschein des Selbstverständlichen gewonnen hätte. Es ging damit folgendermaßen zu. Mit Brasilien schwebte eine alte, ganz alte Controverse ab, wegen eines Walfischfahrs, „Canada“, welcher im Jahre 1857 als gestrandet von brasilianischen Officianten in Beschlag genommen wurde, während er eigentlich gar nicht gestrandet war. Die Schadenersatz-Forderung lautete auf 400,000 Thaler. Während des Krieges hatte man sich mit andern Dingen zu beschäftigen, nach Beendigung desselben aber legte Herr Seward wieder die Hand ans Werk, und für Herrn Webb war das ein wahres Gaudium. Er machte sich so wichtig, daß das brasilianische Ministerium es gerathen fand, sich direct an Herrn Seward zu wenden. Als Herr Webb dies erfuhr, ward er beleidigt. Zugleich aber war die brasilianische Regierung dadurch beleidigt, daß Herr Seward Herrn Webb neue Instruktionen, welche die Forderung auf 70,000 Thaler reducirten, ertheilt hatte, ohne diese vorher dem brasilianischen Gesandten in Washington zu unterbreiten. So entspann sich denn eine höchst ergögliche Controverse darüber, wer Grund habe, beleidigt zu sein, und Herr Webb wurde dabei so anzüglich, daß ihm bedeutet wurde, man werde sich außerordentlich angenehm berührt fühlen, wenn er sich auf und davon mache. In Folge dieser jarten Andeutung forderte Herr Webb seine Pässe. Die Antwort lautete, seiner Abreise stehe nicht das geringste Hinderniß im Wege. Der letzte Herzengruß des Herrn Webb war entsetzlich classisch. (Wir haben denselben bereits in Nr. 288 mitgeteilt. D. R.) Herr Webb ist jetzt in Washington angekommen, um dort sein Klageleid zu singen; hoffentlich werden der Präsident und Herr Fish ihm etwas erzählen.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 10. Juli. [Feuer.] Heute Morgen in der 4. Stunde wurde von den Thürmen ein Feuer in der Nicolai-Vorstadt signalisirt. In dem aus Barriere und einem Stodwerk bestehenden Werkstättengebäude des Feilenbauers E., Berlinerstraße Nr. 13, war höchst wahrscheinlich durch einen Balkenbrand, in dem das Lagerraum benutzten 1. Stodwerk Feuer ausgebrochen, welches bei den darin aufgestellten Holzvorräthen u. mit großer Schnelligkeit um sich gegriffen hatte. Die Feuerwehr war indessen bald zur Stelle und ihrer Thätigkeit gelang es dem Feuer in einigen Stunden ein Ende zu machen.

Breslau, 10. Juli. Vor dem Abschieds-Diner, welches dem ausscheidenden Landrath des hiesigen Kreises, Herrn v. Roeder, gegeben wurde, ward demselben eine Stiftungs-Urkunde zu Gunsten des von ihm begründeten evangelischen Rettungshauses zu Wiltzschau, welches seinen Namen führen soll, und ein Album mit Photographien von einer Menge Kreisbewohner überreicht. Am 3. Juli reiste der Herr Landrath v. Roeder auf sein Gut Ober-Elguth, Kreis Guben, mit der Posener Bahn ab, und schloffen sich gegen 30 Herren von den Kreisständen an, um dem Scheidenden bis Sigobee bei Trachenberg das Geleit zu geben.

